

Am 4. Mai vorigen Jahres traten ISOR e.V. und der Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR mit dem international und national beachteten Aufruf
SOLDATEN FÜR DEN FRIEDEN
an die Öffentlichkeit

Laura von Wimmersperg, die Vorsitzende der Berliner Friedenskoordination schrieb für **ISOR aktuell**

Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Vor genau 35 Jahren, am 8. Mai 1981, rief die Berliner Friedenskoordination zu ihrer ersten Demonstration gegen die Stationierung der atomaren US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden auf. Seitdem sind alle nennenswerten Friedensaktivitäten, bis 1989 in Westberlin und danach für die gesamte Stadt, von der Friedenskoordination organisiert worden.

Über die Höhepunkte unserer Arbeit wie dem Stationierungs-Herbst 1983, die Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“, den Friedensfilmpreis bei der Berlinale, das internationale Tribunal gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien und vieles mehr, kann auf unserer Webseite www.frikoberlin.de nachgelesen werden. Das, was zwischen den Höhepunkten getan werden muss, was den großen Aktivitäten voran geht, ist viel Kleinarbeit, sind die oft zitierten Mühen der Ebene, das eigentlich Wichtige.

Dazu gehört an erster Stelle, dass wir uns selbst friedenspolitische Informationen erarbeiten. Denn Aufgabe der Friedensbewegung ist es, Gegeninformation in die Öffentlichkeit zu bringen, Bedrohungs- und Kriegslügen zu entlarven, und Widerstand zu organisieren. Das geschieht u.a. mit Referaten zu aktuellen Themen mit anschließender Diskussion auf dem Plenum der Friedenskoordination, einem öffentlichen monatlichen Treffen von Organisationsvertretern und Einzelpersonen. Oft ergeben sich aus solchen Diskussionen Arbeitsaufträge und Aktionsideen, die dann in einer Arbeitsgruppe umgesetzt werden, um danach diese Ergebnisse in die Öffentlichkeit zu bringen. Das können Unterschriften- und Flugblattaktionen sein, Organisation von Mahnwachen und Demos oder öffentliche Veranstaltungen. Arbeitsgruppen in der Friko wie z. B. die Kampagne gegen Kampfdrohnen, arbeiten langfristig.

Neben diesen inhaltlichen Aufgaben steht gleichberechtigt wichtig das Werben um Bündnispartner, die Suche nach gesellschaftlichen Kräften, die sich im Kampf um eine Welt ohne Krieg und aus Sorge um eine friedliche Zukunft an die Seite der Friedensbewegung stellen. Das sollten in erster Linie die Gewerkschaften, Kirchen, linke Parteien bzw. linke Kräfte in Parteien sein. Nur mit ihrer Hilfe kann sich eine Bewegung in der Gesellschaft verankern. Wir pflegen Kontakte zu Abgeordneten, besonders der LINKS-Partei, ebenso zu ver.di, IG Metall und GEW, es gibt in den Gewerkschaften gute Beschlüsse zum Frieden, aber Beschlüsse allein tun es nicht. Die Kontakte zu den Kirchen sind seit 1990 sehr gering.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich anmerken, dass Friedensbewegung nicht von vorn herein eine linke Bewegung ist. Das wäre eine unzulässige Verengung und ist nicht im Sinne des Friedensanliegens. Friedensbewegung sind alle die Menschen, die aus Sicht eines humanistischen Weltbildes Krieg und Militarismus ablehnen und bereit sind, das auch öffentlich auszudrücken.

Die Aufgaben, denen diese engagierte, zahlenmäßig z. Zt. nicht sehr große Bewegung gegenüber steht, sind riesig. Es gibt zurzeit **17 Auslandseinsätze** auf der Welt, in die die Bundeswehr involviert ist. Der **Rüstungshaushalt** soll bis 2024 von 35 auf 58 Milliarden erhöht werden. Von der Leyen spricht von 130 Milliarden bis 2030. Beim **Rüstungsexport** steht Deutschland auf dem dritten Platz in der Welt, an erster Stelle in Europa. An Kleinwaffen, den modernen Massenvernichtungswaffen, beträgt der deutsche Anteil 10 Prozent. Die Anschaffung von **Drohnen** bedeutet den Einstieg in eine neue Qualität der Kriegführung. Obwohl

Der 1. und der 8. Mai erinnern uns an den Kampf der Menschen für einen dauerhaften Frieden. Dem schließen sich immer mehr Kräfte aus unterschiedlichen Klassen und Schichten an.

extralegale Tötungen völkerrechtswidrig sind, wird die Bundeswehr von vier Drohnen zwei Kampfdrohnen anschaffen. Der absolute Irrsinn aber ist der Plan, wieder **Atomwaffen** ins Spiel zu bringen. An ihm arbeiten Strategen der Bundeswehr-Akademie. Sie, wie auch die regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik, sprechen von der Notwendigkeit einer „glaubhaften Abschreckung“, die auf zwei Säulen ruhen soll, der konventionellen und der nuklearen, und sie betonen, Atomwaffen seien nicht zum Verschrotten gebaut. Auf der NATO-Ratstagung Anfang Juli d. J. sollen diese Pläne beraten werden. Und zur Begründung muss, wie in den achtziger Jahren, die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ erhalten.

Um dieser mörderischen Politik unseren Kampf anzusagen, rufen die beiden großen Friedensnetzwerke Kooperation für den Frieden und der Kasseler Ratschlag, sowie die Berliner Friedenskoordination zu einer **gemeinsamen Demonstration am 8. Oktober in Berlin** auf.

In Vorbereitung auf den 8. Oktober plant die Berliner Friedenskoordination einen Antikriegsmarkt. Parallel zur NATO-Konferenz in Warschau, am 2. Juli, findet er an der Berliner Gedächtniskirche in der Zeit von 13 bis 17 Uhr unter dem Titel **„Kein Frieden mit der NATO“** statt.

Mit Beteiligung vieler Gruppen und Organisationen und einem reichhaltigen Programm wollen wir über diese brandgefährliche Politik öffentlich informieren und diskutieren. Die Monate bis zum Antikriegsmarkt und danach hin zum 8. Oktober dienen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit.

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

In einer gemeinsamen Beratung mit dem Sprecherrat der IGA, an der Prof. Dr. Dr. Merten und die Rechtsanwältinnen Bleiberg und Dr. Helmers teilnahmen, wurden der Stand der Verfassungsklagen vor dem Bundesverfassungsgericht gem. §§ 6 (2) und 7 AAÜG und juristische Möglichkeiten zur Definition der Verfahrensdauer erörtert.

In einem konstruktiven Meinungsaustausch wurden die nächsten Schritte durch die Rechtsanwältinnen beraten.

*



Bis auf den letzten Platz war das Restaurant „Dahlie“ in Erfurt gefüllt, als sich am 21. April die TIG-Vorsitzenden, Kassierer und Betreuer in Thüringen auf Einladung der TIG Erfurt mit dem geschäftsführenden Vorstand von ISOR zum ersten Arbeitstreffen in diesem Format trafen. Ein geeignetes Forum, um die etwa 70 Aktivistinnen direkt und aus berufenem Munde mit aktuellen Informationen zum Stand der juristischen Seite hinsichtlich der Überwindung des Rentenstrafrechts, der Situation innerhalb als auch der Außenwirkung von ISOR, und der finanziellen Situation unseres Vereins bekannt zu machen.

Dazu sprachen der Vorsitzende, Horst Parton, der Stellvertreter, Prof. Dr. Horst Bischoff, Hauptkassierer Peter Speck und Geschäftsführer Wolfgang Schmidt. Alle Beiträge beschäftigten sich auch mit dem 25. Jahrestag unseres Vereins und der Form seiner Würdigung in den TIG wie auch der zentralen Veranstaltung am 14. Juni.

Grundsätzliche Thesen, nicht auf Thüringen beschränkt, enthielten die Feststellungen:

- So lange wir kein Urteil aus Karlsruhe haben, ist unser Kampf nicht verloren.
- Wir werden so lange arbeiten, bis sich der juristische Erfolg einstellt.
- Ohne unsere Selbständigkeit und die deklarierten Ziele von ISOR aufzugeben, verstärken wir die Zusammenarbeit mit solchen gesellschaftlichen Kräften, die für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Perspektive eintreten. Die Aktivitäten für den Frieden manifestieren sich im Aufruf „Soldaten für den Frieden“ und in einem breiten Bündnis der Friedenskräfte (s. Leitartikel in dieser Ausgabe).

Die finanzielle Basis unseres Vereins ist solide und gestattet die Realisierung aller notwendigen Maßnahmen, besonders in der Zusammenarbeit mit unseren Anwälten, aber auch in der würdigen Begehung unseres Jubiläums.

In der Diskussion war zu spüren, dass der direkte Kontakt mit den Vorstandsmitgliedern viele Teilnehmer anregte, ihre Ideen, Vorschläge, Ansichten und Kritiken geradeheraus anzubringen. Dabei gab es Beiträge und Fragen, über die gründlich nachgedacht werden muss, aber auch solche, die sofort geklärt wurden. Das betraf unter anderem:

- Die Formen der Zusammenarbeit mit anderen Vereinen, Parteien und Organisationen.

- Möglichkeiten eines speziellen Informationsflusses an die TIG-Vorsitzenden.
- Erscheinungsweise von **ISOR** aktuell.
- Die Bedeutung der Kassierer und Betreuer in der sich altersbedingt verändernden Mitgliedschaft.

Als eine der Schlussfolgerungen aus der lebhaften Diskussion regte Hartmut Schuchhardt, der rührige Organisator dieses Arbeitstreffens an, dass es künftig ein Mal jährlich stattfinden soll. Das wäre das Pendant zum „Altmarktreffen“ im Norden und sicherlich eine gute und nützliche Form, das Miteinander durch persönliche Kontakte zum Nutzen aller TIG zu fördern. Die nächste Gelegenheit dazu ist nicht fern.

Hartmut Schuchhardt lud für den 23. Juni, um 14.00 Uhr alle Mitglieder und Freunde aus Verbänden und Vereinen zur Jubiläums-Festveranstaltung in die „Dahlie“ ein.

Da bleibt bestimmt wieder kein Stuhl frei.

w.k.

*

„Wir streiten weiterhin für Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland“ war das bestimmende Thema der TIG Güstrow in einer öffentlichen Veranstaltung im Monat März. Wir sehen in Recht und Gerechtigkeit eine entscheidende staatsrechtliche Kategorie, denn die darin innewohnende Unantastbarkeit der Menschenwürde ist im Artikel Eins des Grundgesetzes der Bundesrepublik festgeschrieben. Sie unverletzbar einzuhalten, liegt sowohl in der Verantwortung des Staates als auch seiner Bürger. Aber wie steht es damit im politischen und juristischen Alltag?

Eine sensible Problematik. Uns zur Seite stand deshalb die Beraterin für Rentenüberleitung in der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dr. Martina Bunge. Und sie erwies sich als souveräne Kennerin. In diesem reichen Land, so urteilte sie fundiert begründet, öffnet sich eine Schere zwischen Arm und Reich und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Die Altersarmut steigt. Betroffene Rentnerinnen und Rentner sind dadurch von der Teilnahme am staatlichen und gesellschaftlichen Leben isoliert.

Laut Einigungsvertrag sollte das Rentenproblem Ost an West bis 1996 gelöst sein. Es ist aber an der Politik der Bundesregierung gescheitert. Damit ist die Rentenungerechtigkeit bis auf ungewisse

Zeit entgegen allen Versprechungen festgeschrieben. Es ist ein einschneidendes soziales Unrecht. Der Umgang mit uns Rentnern widerspricht jeder Vernunft. Das bestätigte jüngst der Haushaltspolitiker der CDU-Bundestagfraktion, Eckhardt Rehberg, indem er sagte, er könne sich mit dem deutlichen Anstieg der Sozialleistungsquote nicht anfreunden. Er muss es wissen, denn er ist jener ostdeutsche Bundestagsabgeordnete, der fortwährend namens seiner Fraktion gegen die Anträge der Linksfraktion zur Angleichung der Rentenwerte spricht.

Für Kriegstechnik und militärische Auslandseinsätze werden überaus reichlich Haushaltsmittel bereitgestellt. Auch bei der Erhöhung der Abgeordneten-Diäten herrscht keine Zurückhaltung. Das Vertrauen und Verständnis der Wähler wird vorausgesetzt. Dabei wird nach wie vor uns ostdeutschen Rentnern die Anerkennung unserer Lebensleistung verweigert. Deshalb ermutigte uns Martina Bunge dazu, die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten mehr zum Handeln gegen das Rentenunrecht aufzufordern. Wir sind kein Spielball der Bundesregierung in der Rentenpolitik, meinten die Versammlungsteilnehmer.

Bundespräsident Gauck und Kanzlerin Merkel werden nicht müde, auf internationalem Parkett gewichtig die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. Der Mund bleibt aber geschlossen, wenn es darum geht, die Verletzung und Diffamierung sozialer Menschenrechte im eigenen Land, besonders hinsichtlich der Alterssicherung in Ostdeutschland anzusprechen.

Unser Lebensmittelpunkt war die DDR. Sie war uns 40 Jahre Heimat, auch bei kritischer Betrachtung aus der Sicht dieser Bundesrepublik. Deshalb ist es ungeheuerlich, eine Menschengruppe, die dem Ausklang ihres Lebens biologisch unausweichlich entgegensieht, von Staats wegen jahrzehntelang zu diskriminieren und um ihr Eigentum zu betrügen. Steht das etwa im Einklang mit der bewährten Demokratie in dieser Bundesrepublik, zumal 25 Jahre nach dem Beitritt der DDR in das Staats- und Gesellschaftsgefüge der AltBRD? Der Rechtsstaat hat für uns ernsthaft an Glaubwürdigkeit verloren.

Das ist, schlussfolgend daraus der Standpunkt der Versammlungsteilnehmer. Und wir werden in dieser Sache keine Ruhe geben.

Walter Krüger

*

Die TIG Rügen hatte Alberto Sainz de la Torre, Sekretär der Botschaft Kubas in Deutschland zur Auftaktveranstaltung im

25. Jahr des Bestehens der ISOR zu Gast. Olaf Westphal hatte damit eine eindrucksvolle und informative Veranstaltung organisiert.

Darüber berichtet Rolf Uhlig faktenreich unter anderem:

Das kubanische Volk hat einen heroischen und blutigen Freiheitskampf geführt. Diese Errungenschaften und Erfolge werden niemals aufgegeben, niemals gegenüber den USA und auch niemals gegenüber der EU.

Das war der rote Faden, der sich durch den Vortrag des Diplomaten in Prora zog. Dabei nannte er folgende Punkte:

1. Die wirtschaftlichen Sanktionen und die Blockade seit über einem halben Jahrhundert müssen fallen.

Noch am 22. März 2016 hat Obama in seiner Rede im „Großen Theater von Havanna“ die Blockade seines Landes als eine „veraltete Belastung für das kubanische Volk bezeichnet“.

Die aktuelle Praxis widerlegt seine Worte. Oder wie Fidel Castro am 27.3.2016 schreibt: „Es sind nur die süßesten Worte, die er benutzte“.

Ein Beispiel: Obama hat den Einsatz kubanischer Ärzte in vielen Staaten der Erde gelobt. Das spezielle Programm zur Abwerbung kubanischer Ärzte ist allerdings voll in Kraft.

2. Die Auflösung der militärischen Marinebasis der USA auf Guatanamo.

3. Einstellung der subversiven Tätigkeiten gegenüber Kuba.

Für das jüngste Programm zur Destabilisierung der Regierung in Havanna stellen die USA 753.989.000 Dollar bereit.

Ende des Jahres 2015 wurde das Budget für die Förderung eines Systemwechsels in Kuba von 20 auf 30 Millionen Dollar erhöht.

Interessante Ausführungen gab es zu den Problemen Kuba-EU. Es gibt zurzeit kein Abkommen zwischen Kuba und der EU.

Die großen Bremser dabei sind Tschechien, Polen, Ungarn und die baltischen Länder. Aber es gibt mit vielen EU-Staaten bilaterale Beziehungen. Hervorzuheben sei Frankreich.

Präsident Hollande hat Kuba bereits zweimal besucht. Im Ergebnis wurden u.a. Verträge über Tourismus und Hotelneubauten, Erdölförderung und Erdölverkundung, Eisenbahnwesen und Telekommunikation abgeschlossen.

Später folgten Außenminister Steinmeier und Wirtschaftsminister Gabriel. Mit Steinmeier wurden zwei wichtige Abkommen unterzeichnet. Das erste sieht vor, in Berlin und Havanna je eine Handelskammer einzurichten. Das zweite sieht die Wiederaufnahme der bilateralen Zusammenarbeit bei

erneuerbaren Energien, Landwirtschaft und Biotechnik vor.

An einem kulturellen Abkommen wird wieder gearbeitet. In der Vergangenheit scheiterte dies an den politischen Forderungen, die Deutschland stellte.

Im Januar 2016 besuchte Gabriel Kuba, er hat in Havanna versprochen: „die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen“.

Kuba wird seine Solidarität mit Venezuela und anderen Staaten weiter realisieren. Es ist in der „Gemeinschaft Lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC)“, dem alle diese Staaten außer USA und Kanada angehören, integriert.

Eine Nachbetrachtung zu dieser gelungenen ISOR-Veranstaltung in Prora: Wir haben gemeinsam mit den kubanischen Freunden das Saßnitzer Fischerei- und Hafenumuseum mit Museumsschiff besucht.

Ein Stück Geschichte im historischen Zeitraum von 1945-1990, so dargestellt wie es war, ohne Beschönigung, aber auch ohne Verleumdung und Lügen.

Ich konnte ein Stück Arbeit im Bereich der Zoll- und Passpassagen im Fährhafen Mukran wiedererkennen.

Dieses Museum ist sehr empfehlenswert.

Rolf Uhlig

*

Aus der **TIG Uckermark** wird berichtet: 25 Jahre ISOR e.V. – 25 Jahre nicht vorhersehbarer langer Kampf gegen anhaltendes Rentenunrecht. Was wurde bisher erreicht und was ist noch zu tun, um das von den Gründungsinitiatoren im Juni 1991 programmierte Ziel, die Beseitigung der Rentenstrafe durchzusetzen? Der bisherige politische und juristische Kampf zeitigte achtbare Ergebnisse. Doch bleibt der angestrebte Erfolg, ein positiver Richterspruch aus Karlsruhe, immer noch aus. Die von den ISOR-Mitgliedern geforderte Geduld verlangt einen langen, ja sehr langen Atem.

Alter und Gesundheit fordern ihren Tribut. Anzeichen von Resignation machen sich bemerkbar. All diese Fragen und die notwendigen Antworten bestimmten im April in Prenzlau die Atmosphäre der Zusammenkunft der mehr als 70 Mitglieder unserer TIG. Dazu führte ihr Vorsitzender, Werner Liefke, u.a. aus: „Wir glauben fest an einen Erfolg unseres sozialen Verlangens, an eine recht baldige gerechte Behandlung der in Karlsruhe anliegenden Verfahren.“

Das Gründungsmitglied der ehemaligen TIG Prenzlau und deren langjähriger Vorsitzender, Hans-Joachim Möllenberg,

informierte rückblickend über die Anfänge und ersten Schritte vor 23 Jahren in der uckermärkischen Kreisstadt.

Mit Interesse nahmen die Veranstaltungsteilnehmer auch Informationen zu gesundheitlichen Problemen, wie Schlaganfall und Herzinfarkt und Hinweise zur Pflegeversicherung auf. Aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der ISOR werden sich im September die Mitglieder der TIG Uckermark zu einer festlichen Veranstaltung treffen.

Benno Butschalowski

*

„Der 70. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED, Schlussfolgerungen für ein einheitliches Wirken aller linken Kräfte“ diesem Thema stellten sich 120 Angehörige der Verbände, ISOR, GRH, GBM und der Rotfuchs-Regionalgruppe von **Marzahn / Hellersdorf** am 13. April 2016.

Mit ausdrucksstarken, auf Tatsachen beruhenden Beiträgen traten auf:

Prof. Dr. Benser - ein Historiker, der sich um die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung verdient gemacht hat;

Erika Baum - eine Kommunistin des antifaschistischen Widerstands;

Wolfgang Brauer - ein Abgeordneter der Partei DIE LINKE, dem die Kultur der Hauptstadt und die Geschichte des Stadtbezirks am Herzen liegen;

Hans Bauer - ein aktiver Streiter für Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Wahrung insbesondere der politischen Grundrechte.

Als Gäste begrüßten wir die Geschäftsführer von ISOR und GRH, den Schatzmeister von ISOR, Vertreter der KPD, DKP und der Partei DIE LINKE aus Marzahn/Hellersdorf.

Die Redner gingen in ihren Ausführungen vom Schwur von Buchenwald aus, denn die aus den KZ und Zuchthäusern befreiten Kommunisten, Sozialdemokraten, Antifaschisten, die aus dem illegalen Kampf und aus der Emigration zurückgekehrten Mitstreiter hatten im April 1946 das wichtigste Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte geschrieben. Denn ohne die vereinte Kraft von Kommunisten und Sozialdemokraten wäre es nicht im Oktober 1949 zur Gründung der DDR gekommen.

Bezugnehmend auf diese Tatsachen stellte H. Sauer, Vorsitzender der GRH Marzahn, fest: Heute wollen wir den Tag des historischen Händedrucks, den Vereinigungspartitag von KPD und SPD würdigen. Dieser Jahrestag hat für uns geschichtliche, aktuelle und persönliche Bedeutung.

Dieses Erinnern ist mit unseren Lebensläufen, mit den Höhen und Tiefen unserer

Entwicklung, mit den Vorstellungen vom siegreichen Sozialismus und den Realitäten einer schmerzlichen historischen Niederlage verbunden, denn die am 21. April 1946 gegründete Partei, die SED, war ein Teil unseres Lebens.

Wir haben der DDR viel von unserer Lebenskraft und Leidenschaft, von unserem Wissen und Können gegeben, immer in der Überzeugung, dem besseren Deutschland zu dienen.

Prof. Dr. Benser schilderte an Hand wissenschaftlicher Untersuchungen die Entwicklung bis zur Gründung der SED als freiwilligen Zusammenschluss und nicht als eine Zwangsvereinigung bei der Bewältigung der Vergangenheit.

Die KPD orientierte auf die Schaffung einer antifaschistischen-demokratischen Republik mit weitgehenden Rechten für die Arbeiterklasse, die SPD wollte die Herstellung sozialistischer Verhältnisse.

In der politischen Praxis zogen aber beide Parteien an einem Strang. Sie waren die entscheidenden Kräfte bei der Organisierung des öffentlichen Lebens und sie verwirklichten die von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 beschlossenen Grundsätze zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands.

Die Zusammenarbeit geschah in vielen Städten und Orten durch Aktionsausschüsse beider Parteien. Am 19. Juni 1945 war in Berlin ein zentraler Arbeitsausschuss ins Leben gerufen worden.

Diese Aktivisten der ersten Stunde waren es, welche die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden, und den Weg in eine von Ausbeutung der Menschen befreite Gesellschaft bahnten.

Damit konnte die Herrschaft des Kapitals in einem Teil Deutschlands für 40 Jahre unterbrochen werden.

Die SED hat eine historische wertvolle Leistung erbracht und wesentlich dazu beigetragen, dass 40 Jahre in Europa Frieden herrschte und dass vom deutschen Boden keine Kriegshandlungen ausgingen.

Auf die gegenwärtig dringende Vereinigung aller linken Kräfte im Kampf zur Erhaltung des Friedens wies Erika Baum eindringlich hin. Sie verwies darauf, dass besonders durch die USA die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse verhindert und dass die BRD nicht in die Verantwortung für den 2. Weltkrieg genommen wurde. Die BRD war von Anfang an ein Werkzeug der Ausweitung der Macht der USA.

Die SPD in den Westzonen ist nicht auf den Weg der Einheit der Arbeiterklasse ausgerichtet worden und ist mit dafür verantwortlich, dass Deutschland gespalten und wieder

auf die Teilnahme an Kriegen ausgerichtet wurde.

Wir sind 70 Jahre nach der so bedeutsamen Vereinigung der Arbeiterparteien immer wieder der antikommunistischen Hetze und Verleumdung ausgesetzt.

Wolfgang Brauer machte auf den Ernst der Lage aufmerksam und verdeutlichte, dass die Wahlergebnisse der jüngsten Landtagswahlen eine deutliche und schwere Niederlage für die Partei DIE LINKE waren. Die Linke wird nicht mehr als soziale Kraft, sondern als ein Teil des Elitekartells wahrgenommen.

Die Lehren aus der Entwicklung und die Schaffung anderer gesellschaftlicher Verhältnisse auf der Grundlage der Vereinigung aller linker Kräfte steht auf der Tagesordnung und die Linken sind in der Verantwortung.

Die zum Abschluss gesungene INTERNATIONALE unterstrich: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde...“

Horst Reichhardt

*

Der 70. Jahrestag der Gründung der SED war für uns in der **TIG Strausberg** Anlass, gemeinsam mit in linken Parteien und Vereinen organisierten Mitgliedern über die Notwendigkeit eines antifaschistischen Bündnisses gegen die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik zu beraten.

Ellen Brombacher, Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE hatte sich bereit erklärt, ihre Auffassungen zu dieser Problematik darzulegen.

Ihr Ausgangspunkt war eine Einschätzung der politischen Lage in Deutschland und Europa, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung der in der EU vereinten Staaten mit ihren Regierungen verdeutlicht. Der imperialistische Grundwiderspruch hat sich derart verschärft, dass Veränderungen objektiv notwendig sind. Welche Gefahren eine solche Entwicklung in sich birgt, ist dem Monopolkapital durchaus bewusst. Die in der letzten Zeit eingeleiteten Aktivitäten des Abbaus der Demokratie, der Zunahme der Überwachung, der Aufrüstung und Umstrukturierung der Armeen und Sicherheitskräfte, sind Ausdruck der Furcht, die Entwicklung nicht beherrschen zu können.

Da, wie die Geschichte belegt hat, Faschismus eine Erscheinungsform des Imperialismus unter bestimmten Bedingungen ist, tendiert die Rechte insbesondere in den Hauptländern der EU zum Faschismus. Dabei ist das Streben nach Sicherung des Maximalprofits der entscheidende Faktor. Die Marxschen Randnotizen im „Kapital“ sind bis heute nicht widerlegt („... für 300 Prozent Profit scheut der Kapitalist vor

keinem Verbrechen zurück.“) Darum sind Krieg und offener Kolonialismus wieder Mittel der Politik geworden.

Da das aber heute nicht mehr so einfach zu machen ist, müssen Vorwände gefunden und die Menschen manipuliert werden. In breiter einheitlicher Front werden die „europäischen Vorstellungen von Demokratie“ seit Jahren als Mittel genutzt, um imperialistische Ziele durchzusetzen. Terroristische Reaktionen, die Angst schüren, dienen dem Abbau der Demokratie. Darin drücken sich bereits Grundzüge des Faschismus aus. Es erfolgt eine Gleichschaltung des Denkens. Waren die Juden in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Sündenböcke, sind es jetzt die Islamisten. Es wird die Volksgemeinschaft propagiert, der Kampf gegen Überfremdung soll die Lösung darstellen. Die durch die imperialistischen Kriege ausgelöste Flüchtlingsbewegung bildet einen brauchbaren Anlass, Nationalismus und Chauvinismus zu schüren und Reaktionen herauszufordern, die zunehmend von Hemmungslosigkeit und Brutalität gekennzeichnet sind.

Diese Entwicklung und die Umkehr der Politik der „offenen Arme“ in die Beschränkung der Aufnahmen, das Gesetz zur Einführung der beschleunigten Asylverfahren mit seinen Auswirkungen auf die Flüchtlinge, das Bündnis mit der diktatorisch regierten Türkei, sowie die Verstärkung der Präsenz des Militärs in den Krisengebieten sind die gewollten Ergebnisse.

Die Solidarität mit den Flüchtlingen, die Darstellung der Zusammenhänge der Entwicklung, ihre Ursachen und Ziele sind für „DIE LINKE“ antifaschistischer Kampf und das zu jeder Gelegenheit. Dazu muss mit allen Bündnispartnern zusammengearbeitet werden.

In der lebhaften Aussprache, in der Teilnehmer über ihre Aktivitäten vor allem in Strausberg berichteten, wurde unüberhörbar auf die uneinheitliche Rolle der Partei „DIE LINKE“ hingewiesen und auf die nach Meinung der Mehrheit erforderliche Führung der Partei zur Herstellung eines breiten Bündnisses der Antifaschisten in diesem Land.

Ellen Brombacher wies in ihren Schlussbemerkungen auf die Situation in der Partei, das gefälschte Spektrum der Interessen und den Kampf ihrer Plattform zu einem einheitlichen Auftreten hin.

Neben dem Dank für ihre Ausführungen, ihre Beharrlichkeit und Unerschrockenheit, bleibt für mich die historische Erkenntnis: „Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun.“

Hans-Joachim Friedrich

Zwischenruf

Heftiges Flügelschlagen im medialen Hühnerstall. Unterm Futternapf lag ein Zeitungsausschnitt, auf dem mit großen Buchstaben das Wort „Altersarmut“ stand und selbst für blinde Hühner nicht zu überlesen war.

Erzhahn Gabrielus plusterte sich dermaßen auf, dass seine Leibesfülle bedrohliche Ausmaße annahm. „So geht das nicht weiter“, krächte er. „Ich mache das zum Wahlkampfthema und verspreche euch, dass sich das Rentenniveau nicht weiter absenken wird, wenn ich gewählt werde. Deshalb werde ich anstelle der Nester Wahlurnen aufstellen lassen, damit sie sich ordentlich mit Stimmen für mich füllen.“ Sofort rief ein Gasthuhn aus dem bayerischen Seehof gehässig dazwischen: „Und wer hat uns erst in die Misere hineingeritten? Warst du das nicht vor mehr als zehn Jahren mit deinen famosen Grünlingen im Hartz, die ihr durch die Agenda 2010, die Riester-Rente und ähnlichen sozialen Blödsinn es soweit kommen ließen? Glaubst du, die Hühner haben vergessen, dass ihr das Rentenniveau auf 45 Prozent abgesenkt habt? Es ist doch jedem klar, dass ihr damit gescheitert seid.“

„Es ist überhaupt nicht gescheitert, es ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Riester wird überhaupt nicht von Altersarmut bedroht und das trifft für viele seiner Freunde in der Versicherungswirtschaft ebenso zu. Ich bin dafür, dass die Altersversorgung auch weiterhin auf dieser Basis und durch eine kapitalgedeckte private Versicherung ergänzt wird. Ja, sie sollte zur Pflicht erhoben werden!“, mischte sich ein gelbes Küken ein, das gerade dem Brutkasten frei und demokratisch entlaufen war und sich überraschend wieder gemausert hatte.

Der Senior im Stall warf einen Silberling aus seiner Spielzeugkiste in die Runde. „So, damit erhöhen wir jetzt mal die Rente. Und zwar um so viel, dass die Hühner aus dem Osten den Schnabel halten. Wenn wieder Ruhe im Stall ist, bereiten wir die Rente mit 70, ach, was sage ich, mit 75 vor.“

„Dafür sehe ich aber schwarz,“ piepste ein junges Huhn aus einer schwarz-rot-grünen Decke im sächsisch-anhaltischen Dialekt. „Es gibt doch jetzt schon Berechnungen, dass die glücklichen Hühner, die 40 Jahre pausenlos in der Legebatterie ihre Arbeitskraft gaben, nur eine Grundversorgung statt eine ordentliche Rente erhalten. Also Feine Demagogie ist angesagt!“

Das Abendrot ging in ein harmonisches Rosa über und verlieh dem Hühnerhof eine biologisch zertifizierte Idylle. Ein Rotfink und ein Grünschnabel landeten noch kurz am Futtertrog des Hofes und zwitscherten angesichts der vorgefundenen Köstlichkeiten gemütlich darüber, warum die armen Hühner draußen im Lande nicht sie, sondern alternatives Gegacker wählen. Sie beschloss, natürlich jeder für sich, gelegentlich darüber gründlich nachzudenken und gegebenenfalls eine kleine Anfrage an die Allwissenden im federführenden Kabinett zu richten.

Im Hühnerstall lief der Fernseher. Eine abendliche Gockelrunde mit Quotenhenne in wichtig-tuerischen Posen. „Die krähen eine Menge Zeugs zusammen, aber ein Ei legen können sie nicht“, bemerkte ein Leiharbeiter-Huhn, das eben ein Ei in den Niedriglohn-Käfig gelegt hatte. Darüber lachten alle Hühner.

Um die Ecke trapste die Nachtigall. Sie hatte von einem Baum aus alles mitbekommen. „Die werden sich noch wundern. Wenn hier ein schlauer Fuchs einbricht, wird ihnen das Lachen ganz schnell vergehen“, sprach sie vor sich hin. Und dann sang sie ihre alten Lieder und lullte damit die ganze Gesellschaft in tiefen Schlaf, dem Morgengrauen entgegen.

w. k.

Hinweise zur Besteuerung von Renten

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Rentenerhöhungen wird davon ausgegangen, dass künftig mehr Rentner als bisher eine Steuererklärung abgeben müssen. Als groben Richtwert für eine Prüfung kann – abhängig vom Renteneintritt – von einer Rente ab 1500 Euro ausgegangen werden. Der aktuelle steuerfreie Grundfreibetrag 2016 von 8652 Euro für Ledige und 17304 Euro für Verheiratete gilt als Grenze für das Eintreten der Steuerpflicht.

Es ist empfehlenswert sich rechtzeitig zu informieren und gegebenenfalls die erforderlichen Schritte zur Abgabe einer Steuererklärung vorzubereiten.

Hier einige Adressen, wo aktuelle kompetente Informationen zum Thema Rentenbesteuerung bezogen werden können:

– Rentenbesteuerung. Eine Frage der Gerechtigkeit. Information des Bundesfinanzministeriums
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

– Deutsche Rentenversicherung Bund – Sicherheit für Generationen, verschiedene Broschüren und Formulare zum Download oder zur Bestellung per Post
www.deutsche-rentenversicherung.de

z.B. Wie berechne ich meine Rente?

- neue Bundesländer-
- Hinterbliebenenrente:
- Hilfe in schweren Zeiten

– Renten und Pensionen bei Schwerbehinderung.

Informationen von „einfach teilhaben - Das Webportal für Menschen mit Behinderungen, www.einfach-teilhaben.de

– Rente im Ausland. Informationen des Finanzamts Neubrandenburg, dem Finanzamt für die Rentner im Ausland
www.finanzamt-rente-im-ausland.de

– Ab wie viel Rente müssen Rentner Steuern zahlen?

<https://www.steuertipps.de/altersvorsorge-rente/rentner-pensionaere/ab-wie-viel-rente-muessen-rentner-steuern-zahlen>

– Steuerrechner: <https://www.steuertipps.de/service/rechner>

– Steuern zahlen im Ruhestand
www.deutsche-seniorenliga.de

Aus der Postmappe

ISOR- Beitritt jetzt?

Wer jetzt in Rente geht, hat den größten Teil seiner Lebensarbeitszeit in der Bundesrepublik geleistet. Da mag man sich auch als ehemaliger Mitarbeiter des MfS fragen, ob es sich lohnt, in ISOR gegen die Straffrente aus DDR-Zeiten zu kämpfen. Ich denke, es lohnt sich nicht nur, sondern es ist notwendig, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens gibt es keinen Grund, auf Rentenrechte, die einem zustehen zu verzichten. Das können leicht mehr als 200 Euro im Monat sein, die man besonders dann gebrauchen kann, wenn man aufgrund seiner DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik kein adäquates Einkommen erzielen konnte oder mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte, wie das bei mir als Gesellschaftswissenschaftler der Fall war.

Zweitens halte ich es für notwendig, den Politikern und Staatsdienern, die ununterbrochen von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in der Bundesrepublik reden, deutlich zu machen, dass hier zwischen Wort und Tat eine gewaltige Lücke klafft. Und eines ist dabei sicher: wenn man diesen Leuten nicht ständig auf die Finger klopft, werden sie an ihrem seltsamen Rechtsbewusstsein und der pausenlosen Verunglimpfung der DDR und damit von uns festhalten.

Mein Tipp, wenn Ihr als ISOR- Mitglieder Freunde und Bekannte habt, auf die die obige Beschreibung zutrifft, solltet Ihr sie ansprechen und auffordern, in den Reihen von ISOR solidarisch mit anderen Mitstreitern für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Bernd Wolff, TiG Strausberg

Bei anderen gelesen

Zu neuerlicher Verleumdung der Grenztruppen der DDR

Gemeinsam mit Dr. Artur Pech und Dr. Hartmut Jentsch wandte ich mich im März dieses Jahres mit einem „Offenen Brief“ an den Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften in Potsdam. Anlass des Briefes war ein neuer „Forschungsband“ des Zentrums zur Geschichte der Grenztruppen der DDR unter dem Titel „Halt – Staatsgrenze!“ vom Autor Dr. Jochen Maurer, erschienen im Chr. Links Verlag mit einem Umfang von 450 Seiten. Inhaltlicher Schwerpunkt der Veröffentlichung sind diesmal die inneren Verhältnisse in den Grenztruppen, das sogenannte „Binnenklima“, darunter auch die Motivation und die

Moral des Offizierskorps der Grenztruppen. Nach Durchsicht der Arbeit waren wir alle drei entsetzt, nicht nur über die Unmenge unbewiesener Behauptungen und verleumderischer Unterstellungen, sondern auch über die Vielzahl direkter Fehler und falscher Quellenangaben, also nicht zu übertreffender Schludrigkeit. Wir finden es skandalös, eine solche Arbeit durch ein einigermaßen renommiertes Institut und einen ebensolchen Verlag als Forschungsergebnis zu verbreiten. Das ist überhaupt nur dadurch erklärbar, dass es zur anhaltenden Verleumdung der Geschichte der DDR passt und deshalb jede Unterstellung unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt geglaubt wird. Um Autor und Herausgeber unsere Empörung als Zeitzeugen und Wissenschaftler gleichermaßen wissen zu lassen, haben wir die Form des „Offenen Briefes“ gewählt und sind erfreut, dass uns der Vorsitzende der GRH und die AG Grenze ihre Unterstützung bei seiner Verbreitung zugesagt haben. Der Briefftext ist auf der Internetseite der AG Grenze (Literatur-Lesenswertes-Rezension) zu finden. Über die Ergebnisse seiner Veröffentlichung wird beim Herbsttreffen der Grenzer zu reden sein. Wer den Briefftext analog haben möchte, kann sich an mich wenden.

Dr. Rolf Ziegenbein, GRH, TAG Dresden

Lesenswert

Matthias Krauß

**Wem nützt die »Aufarbeitung«?
Die institutionalisierte Abrechnung.
Eine Streitschrift.**

Berlin 2016, Edition Ost, 204 Seiten, 12,99 €
ISBN 978-3-360-01877-9

E-Book 9,99 Euro, ISBN 978-3-360-51040-2

Die staatlich subventionierte »Aufarbeitung der SED-Diktatur« prägt die öffentliche Meinung über die DDR und den Umgang mit ihren ehemaligen Bürgern. Dabei ist das vermittelte Geschichtsbild höchst einseitig und die Lebensleistung zahlloser Menschen wird denunziert. Matthias Krauß, früherer Redakteur der Märkischen Volksstimme, stellt sich in seiner »Streitschrift« unter anderem die Frage „Welcher Methoden bedienen sich die Aufarbeiter?“ Argumentationsstark entlarvt er die Tricks der „Aufarbeitungsindustrie“ und deren Motive für die permanente Verteufelung der DDR. Wer immer sich mit den Elaboraten der Anti-DDR-Propaganda auseinandersetzen musste, wen der ganze staatsoffizielle Umgang mit der DDR an-

stinkt, der wird mit diesem Buch eine wertvolle Bestätigung und Unterstützung finden.

W.S.

*

**Volker Hermsdorf
im Gespräch mit Hans Modrow,
Fritz Streletz und Klaus Eichner**

Kuba. Aufbruch oder Abbruch?

(Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2016)

ISBN 978-3-95514-026-7; 204 Seiten, davon 20 Seiten Chronologie-Register, 4 Seiten Quellen- und weiterführendes Literaturverzeichnis, Preis: 10,- Euro

Der Autor legt mit diesem Buch weitere Gespräche über Kuba vor, in denen ausgewiesene sachkundige Persönlichkeiten der DDR gegenwärtige Diskussionen und Besorgnisse im Zusammenhang mit Entwicklungen in und um Kuba erörtern, die auch die Gedanken und Fragen vieler Mitglieder in ISOR bewegen. Der Blick wird außerordentlich konzentriert über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hinaus auf Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik gerichtet. Deutlich wird, dass mit der Normalisierung der staatlichen Beziehungen der USA zu Kuba „ein langer und komplizierter Prozess“ beginnt, wie das Raul Castro in seiner denkwürdigen Rede aus diesem Anlass vor der UNO- Vollversammlung formuliert hatte. Normalisierung sei nur zu erreichen, betonte er, „wenn die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba beendet wird, die illegalen propagandistischen Radio- und Fernsehsendungen sowie die anderen Subversions- und Destabilisierungsprogramme gegen Kuba eingestellt werden sowie unser Volk für die Schäden an Menschen und Wirtschaft entschädigt wird, unter denen es noch heute leidet“.

Auch künftig wird Kuba der internationalen Solidarität bedürfen. Dank dem Fragen und seinen Gesprächspartnern für ihre Wortmeldungen und ihre nachdenklichen, respektvollen und aktuellen Kommentare und Erinnerungen. Sie sind hilfreich, komplizierte Prozesse auch über Kuba hinaus in Lateinamerika besser zu verstehen.

H.B.

Die Redaktion teilt mit, dass aus drucktechnischen und ökonomischen Gründen **ISOR aktuell** künftig mit vier oder acht Seiten erscheinen wird. Die Anzahl der Seiten wird sich nach dem Informationsaufkommen richten. Erscheinungsbild und Profil ändern sich dadurch nicht.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.04.2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.05.2016

Einstellung im Internet: 03.06.2016

Auslieferung: 09.06.2016

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEVXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15